

ten wunderschöne, berücksichtigende Sumpflilien treiben. Das ist aber ein anderes Thema demnächst hier in diesem hochnoblen Theater. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Fricke. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind damit am Schluss der Aktuellen Stunde.

Ich rufe auf

2 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/8650 – zweiter Neudruck

erste Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Walter-Borjans das Wort.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich lege Ihnen den Entwurf eines zweiten Nachtrags für das Haushaltsjahr 2015 vor, den ich wie folgt zusammenfassen möchte: Das ist ein Nachtrag, der aktuelle Entwicklungen abbildet und zugleich zeigt, dass sich diese Landesregierung ihrer Verantwortung für Menschen in Not stellt. Er zeigt aber auch, dass diese Landesregierung die zweifellos gute Lage in Deutschland dazu nutzt, zwei Enden zusammenzubringen: auf der einen Seite den konsequenten Weg zur Schuldenbremse fortzusetzen und auf der anderen Seite die staatliche Handlungsfähigkeit zu bewahren.

Als wir den Nachtragshaushalt entworfen haben, hatten wir zunächst ein ganz anderes Motiv, nämlich das kommunale Investitionsprogramm, für das wir die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen schaffen wollten, um anschließend die Mittel, die vom Bund an die Kommunen gehen sollten, durch den Landeshaushalt durchzuleiten. Diese Veränderungen werden wir auch vornehmen, aber in der Zwischenzeit hat sich gezeigt, dass die viel größere Herausforderung war, Menschen, die auf der Flucht sind und Zuflucht in Nordrhein-Westfalen suchen, angemessen betreuen und versorgen zu können, ihnen eine Unterbringung gewährleisten zu können.

Zu diesem Punkt wollen wir rund 180 Millionen € zur Verfügung stellen. Das sind fast 90 % der mit diesem Nachtragshaushalt insgesamt verbundenen

Mehrausgaben in Höhe von 206 Millionen €. Insgesamt werden mit diesem Nachtragshaushalt 807 Stellen geschaffen, alleine 792 für die Betreuung von Asylbewerbern, darunter 674 für Lehrerinnen und Lehrer. Es kommt nämlich auch darauf an, den Schulkindern im Gefolge der Menschen auf der Flucht eine anständige und richtige Bildung zukommen zu lassen und damit unserer Verantwortung gerecht zu werden.

(Beifall von der SPD)

Ich sage es ganz ausdrücklich: Mit diesem Nachtragshaushalt geht das Land in Vorleistung. Wir haben oft genug die Diskussion geführt, dass diese Landesregierung schnell handelt, konsequent handelt, im Haushalt Vorsorge trifft. Wenn anschließend der Bund, dem eigentlich die Finanzierung dieser Aufgaben obliegt, handelt, wird gesagt: Moment mal! Das könnt ihr natürlich nicht miteinander verrechnen!

Wir haben die Erwartung, dass einige der Leistungen, die wir jetzt erbringen, vom Bund mitgetragen werden. Auf diesen Punkt werden wir noch zurückkommen.

(Beifall von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Ich finde es – das werden wir gleich sicher wieder hören – bezeichnend, wie auf der einen Seite kritisiert wird, dass eine gute Steuerentwicklung nicht in vollem Umfang zur Absenkung der Kreditaufnahme genutzt wird, auf der anderen jedoch in diesem Zusammenhang sofort die Forderung nach Mehrausgaben für diesen Bereich gestellt wird. Diese Konsequenz kann sich nur eine Opposition leisten. Das wird sie sicher wieder tun. Das werden wir in den entsprechenden Überlegungen und Debatten in den Ausschüssen zu diskutieren haben.

Ich hatte es bereits gesagt: Der eigentliche Ausgangspunkt dieses Nachtragshaushalts war es, die haushaltsmäßigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die voraussichtlich ab Juli bereitstehenden Bundesmittel für die Förderung finanzschwacher Kommunen durchgeleitet werden können. Der Bund will insgesamt 3,5 Milliarden € für Investitionen zur Verfügung stellen. Nach derzeitigem Stand wird Nordrhein-Westfalen mit rund 32 %, also über 1 Milliarde €, beteiligt sein.

Ich wiederhole es: Das ist mehr als richtig, wenn man sich anschaut, mit welchem Prozentsatz Nordrhein-Westfalen in allen anderen Bereichen an Bundesmitteln, die in die Länder oder in die Kommunen fließen, beteiligt ist.

Wir setzen mit dem Nachtrag auch die Ergebnisse der letzten Steuerschätzung um. Danach wird es aller Voraussicht nach eine Verbesserung um 160 Millionen € geben, die sich aus mehr erwarteten Steuereinnahmen und Verrechnungen mit Bundesergänzungszuweisungen und aus dem Länderfinanzausgleich im engeren Sinne ergibt. Auch das

entlastet natürlich bei dem, was an zusätzlichen Lasten zu tragen war.

Ja, ich habe auch den Ansatz für die Grunderwerbsteuer erhöht. Das, was ich dazu heute lese, ist mehr als lustig. Ich höre immer wieder von der Opposition und der medialen Begleitung, dass man bitte vorsichtige Ansätze in den Haushalt hineinschreibt. Das habe ich getan. Natürlich gehe ich davon aus, dass ich – wenn alles gut läuft – höhere Einnahmen bekomme. Das wird auch so sein.

Aber jetzt die Erhöhung als Ausweis dafür zu nehmen, dass man die Mehrbelastung – so lässt sich Herr Witzel zitieren – verschleiern wollte, bringt mich zu der Aussage: Herr Witzel, alle Menschen wissen, dass die Grunderwerbsteuer um 1,5 % gestiegen ist – nicht mehr und nicht weniger!

(Widerspruch von Ralf Witzel [FDP])

Sie wollen mir doch nicht ernsthaft erklären, dass ein nicht eingetretener Rückgang an Immobilienverkäufen eine Geringerbelastung gewesen wäre.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich muss mich jetzt etwas zügeln und würde es einmal so formulieren: Was für eine „gequirlte Argumentationsleistung“ ist das?

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben nie bestritten, dass die Grunderwerbsteuererhöhung eine Mehrbelastung ist.

Die Erwerber von Grundstücken und die Immobilienkäufer haben sich aber offenbar von dieser maßvollen und sinnvollen Erhöhung nicht schrecken lassen. Es ist nicht so, dass ich von vornherein mit einem Einbruch gerechnet hätte. Vorsichtig geschätzt habe ich trotzdem. Jetzt haben wir einen Nachtrag, mit dem wir beides zusammenbringen können. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Wir sollten in den Ausschüssen weiter diskutieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit um 54 Sekunden überschritten. Für die SPD-Fraktion erteile ich jetzt dem Kollegen Zimkeit das Wort.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das war es wert!)

Stefan Zimkeit (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, die Zeit wieder aufzuholen, weil die Argumentation des Finanzministers für diesen Nachtragshaushalt so schlüssig war, dass eigentlich alle überzeugt sein müssten.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Aus unserer Sicht hat dieser Nachtragshaushalt vier Schwerpunkte: Das sind 674 neue Lehrerstellen zur

schnellstmöglichen Verbesserung der Unterrichtssituation aufgrund der steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen, das sind Baumaßnahmen und Personal zur Verbesserung der Aufnahmesituation von Flüchtlingen und damit verbunden eine entsprechende Entlastung der Kommunen, nicht zu vergessen Mittel zur Kofinanzierung der EU-Programme, die zusätzliche Investitionen in Sozial- und Wirtschaftsstrukturen in unserem Land ermöglichen, und nicht zuletzt die Vorbereitung auf die Eins-zu-eins-Durchleitung der Bundesinvestitionsmittel an die Kommunen. – All dies ist richtig und wichtig und sollte schnellstmöglich umgesetzt werden.

(Beifall von der SPD)

Erfreulich ist, dass trotz dieser Mehrkosten die Nettoneuverschuldung weiter zurückgeht und ein Markenzeichen dieser Regierung, nämlich die stetige Senkung dieser Nettoneuverschuldung, beibehalten bleibt.

Wir werden gleich hören, dass die Opposition, wie sie das bereits medial getan hat, die Steuerschätzungen mal wieder infrage stellen wird. Das ist seit 2010 – also seitdem ich im Landtag und im Haushalts- und Finanzausschuss bin – eigentlich in jeder Ausschusssitzung und jeder Plenarsitzung, in der es um den Haushalt oder den Nachtragshaushalt ging, von Herrn Witzel und Herrn Optendrenk so vorgebracht worden. Und in der Regel lagen sie damit falsch, weil in der Regel die Einnahmen über der Prognose des Finanzministeriums gelegen haben.

Insofern haben wir vollstes Vertrauen in die Kolleginnen und Kollegen, in die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Finanzministerium, die diese Schätzungen bisher immer sehr gut aufgestellt haben. Wir gehen davon aus, dass das auch diesmal so ist.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Weniger Neuverschuldung, bessere Unterrichtsversorgung, stärkere Unterstützung der Kommunen, die Voraussetzungen schaffen für mehr Fördergelder von der EU – das sind die Kennzeichen dieses Nachtragshaushaltes; dies sind Ziele, die wir eigentlich alle teilen sollten. Deswegen hoffe ich, dass es uns gelingt, diesen Nachtragshaushalt schnell und einvernehmlich zu verabschieden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit vielen erläuternden Worten hat der Finanzminister heute seinen zweiten Nachtragshaushalt eingebracht. Es sind viele einzelne Maßnahmen vorgesehen, dargelegt auf etwa 90 Seiten, die wir jetzt zu bearbeiten ha-

ben, von denen sich die allermeisten in der Tat um das Thema „Bewältigung der Flüchtlingsproblematik“ drehen.

Da kann eine Opposition nicht dagegen sein. Das ist auch der Grund, warum wir von vornherein zugestimmt haben, dass die Fristen für das Anhörungsverfahren so verkürzt werden,

(Beifall von Stefan Zimkeit [SPD])

dass wir Ende Juni den zweiten Nachtragshaushalt hier plenar beraten und voraussichtlich in einer veränderten Form mit der Mehrheit der Regierungsfaktionen verabschiedet haben werden.

(Uli Hahnen [SPD]: Machen Sie mit!)

Aber – das ist der entscheidende Punkt an diesem Haushalt – hinter dem aktuellen Anlass, den der Minister geschildert hat, verbirgt sich wieder einmal etwas ganz anderes. Dies konnte man auch an dem ersten Nachtrag erkennen: Wir machen weiterhin so viele Schulden wie kein anderes Bundesland. Es kann keine Steuerschätzung geben, bei der Sie nicht andere Mittel finden, dieses Geld doch wieder auszugeben, anstatt eine entschlossene Konsolidierung des Landeshaushalts anzugehen.

Sie schaffen es offensichtlich nicht,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

das, was sich bei einem Volumen von 65 Milliarden € in einem Haushalt befindet, so umzuschichten, dass die zwingend erforderlichen Ausgaben für den Bereich „Flüchtlinge“ auf andere Weise zu erwirtschaften sind als durch Steuererhöhungen und Bundesmitteln. Bei den Bundesmitteln gestehe ich Ihnen das gerne zu. Es ist völlig richtig, dass sie eingesetzt und durchgeführt werden.

Bei den Steuereinnahmen, Herr Minister, haben Sie eben relativ viele Wolken geschoben, statt sich auf den Kern dieses Problems zu konzentrieren. Das kann man sehr genau an dem Haushaltsvolumen des Landes festmachen: 2010 hatten wir 20 % weniger Haushaltsvolumen im Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen. In Zahlen ausgedrückt: 11 Milliarden € gibt die Landesregierung in diesem Jahr mehr aus als im Jahre 2010. Dies steht, wenn wir uns die Inflationsraten und die sich verändernden Aufgaben anschauen, in keiner Relation zu der Möglichkeit, mit den Mitteln, die wir einnehmen, Haushalte zu konsolidieren.

Es sollen jetzt wieder zusätzliche Stellen im Haushalt eingestellt werden, und die werden mit kw-Vermerken versehen – das sagen Sie. Ich kann mich noch an die Zeit von vor 2005 erinnern. Damals war es auch eine gute Tradition von Rot-Grün, kw-Vermerke für vermeintlich nur zeitweise benötigte Stellen auszubringen, und diese dann bei Fristablauf nicht abzubauen. Der Stau hatte sich 2005 auf über 10.000 Stellen erhöht. Die Stellen mit kw-Vermerken sollten – deshalb „kw“ – künftig wegfal-

len, aber als sie wegfallen sollten, hatten alle wieder neue Ideen, wie man sie doch begründen und erhalten sollte. So kann man natürlich keinen Haushalt konsolidieren.

Den Ländern fließen nach der aktuellen Steuerschätzung, Herr Minister, allein 2015 etwa 2,9 Milliarden € zusätzlich zu. Davon entfallen üblicherweise knapp 20 % auf Nordrhein-Westfalen; das wären dann etwa 500 Millionen €. Das muss man im Zusammenhang mit der November-Steuerschätzung sehen. Sie veranschlagen jetzt 360 Millionen €. Entweder haben Sie sehr vorsichtig kalkuliert, wie Sie das eben auch behauptet haben, oder Sie haben in den Haushaltsetat 2015, den wir im Dezember verabschiedet haben, zu hohe Zahlen geschrieben.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Skanda!!)

Das müssen Sie dem Parlament einmal erklären. Denn es passt nicht zusammen – insofern unterscheidet sich das von dem, was Sie hier vorgetragen haben, sehr deutlich –, dass Sie einerseits jetzt einen weniger hohen Steuereinnahmeansatz wählen, als er von der Steuerschätzung schematisch vorgegeben wäre, und auf der anderen Seite den Ansatz für Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen absenken. Denn das sind korrelierende Säulen. Entweder steigt die Steuerkraft relativ zu den anderen Ländern, dann sinkt der Ansatz für Länderfinanzausgleich usw., oder er steigt, dann ist es umgekehrt.

Das heißt, Sie können nicht beides einfach anders machen, ohne uns zu erklären, wo es denn herkommt. Man kann allerdings relativ genau ahnen, wo es herkommt, nämlich daher, dass Sie am liebsten mit den Zahlen etwas mehr jonglieren, als Sie die Öffentlichkeit glauben machen wollen.

Das, was Kollege Witzel da öffentlich gemacht hat, gehört allerdings auch in diese Kategorie. Bei Ihnen sind Zahlen, glaube ich, genauso relativ wie die Luftfeuchtigkeit. Von daher freue ich mich auf eine interessante Debatte im Ausschuss und hier im Plenum.

(Beifall von der CDU und Ralf Witzel [FDP])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Für die Fraktion Die Grünen spricht Herr Kollege Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will beginnen mit dem Konnex zu einem Tagesordnungspunkt, den wir heute noch debattieren. Da beantragt die CDU Steuersenkungen – Stichwort: kalte Progression.

Herr Dr. Optendrenk, ich kann Ihnen nur empfehlen, sich schon einmal für den Spagat aufzuwärmen, den Sie nachher vollführen wollen: Auf der einen Seite fordern Sie Mehrausgaben und werfen dem

Finanzminister vor, die Schulden nicht zu senken, und gleichzeitig sollen wir noch die Forderung von Herrn Kuper realisieren, mehr Geld an die Kommunen zu geben. Es geht nicht, dass Sie hier ungedeckte Schecks ausstellen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich kann Ihnen wirklich nur sagen: Passen Sie auf, dass der Spagat nicht zu schmerzhaft wird!

Ich komme zum Nachtrag: Wir reden über dieses Thema, weil weltweit Menschen auf der Flucht sind – so viele wie noch nie zuvor. Diejenigen, die aus Krisengebieten zu uns geflohen sind, müssen bei uns menschenwürdig versorgt werden. Niemand verlässt seine Heimat ohne Not. Die Leute, die zu uns kommen, haben teils Dramatisches hinter sich und sind zu uns gekommen auf der Suche nach Schutz und Sicherheit.

Nach neuesten Prognosen werden wir für 2015 bundesweit 400.000 Asylanträge erwarten; davon entfallen 80.000 auf Nordrhein-Westfalen, wenn die Schätzungen stimmen. Das wäre die höchste Zahl an Asylanträgen in der Geschichte unseres Bundeslandes. Diese Zahl zeigt, glaube ich, sehr gut, wie groß die Herausforderungen sind.

Diese Herausforderungen benennen wir ehrlich. Wir schlagen Lösungen vor. Deswegen justieren wir mit dem Nachtragshaushalt nach. Wir reagieren auf die Herausforderungen. Wir wollen damit die Menschen vor Ort unterstützen und denen, die bei uns sind, eine gute Zukunft bieten. Dazu gehört vor allen Dingen der Zugang zur Bildung. Bildung ist der wichtigste Schlüssel zur Integration. Deswegen ist es so wichtig, dass wir 674 zusätzliche Lehrerplanstellen in den Haushalt einstellen.

Es handelt sich hierbei um eine zusätzliche Lösung. Wir haben eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt, die auf dem Flüchtlingsgipfel beschlossen wurden. Wir haben eine echte Verbesserung erreichen können. Wir haben nicht nur Haushaltsansätze erhöht, sondern auch neue Instrumente wie den Härtefallfonds für besonders hohe Krankenkosten oder das Beschwerdemanagement beschlossen.

Wir haben die Herausforderungen, die sich stellen, angenommen, und wir werden die großen Flüchtlingsströme auf humanitäre Weise bewältigen. Dabei werden wir in wunderbarer Weise – das muss man immer wieder sagen – von vielen Menschen vor Ort unterstützt. Wir sorgen dafür, dass die Landeserstaufnahmestellen besser ausgestattet sind, dass die Unterbringung und Betreuung besser läuft. NRW wird hier seiner Verantwortung gerecht.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Der Finanzminister hat es völlig zu Recht gesagt: Wir sehen das als Vorleistung; denn wir erwarten vom Bund, dass er dauerhaft und strukturell für eine Entlastung der Länder sorgt. Der Bund muss sich stärker an Aufnahme, Versorgung und Integration

der Asylsuchenden beteiligen. Die einmalige Unterstützung an die Länder in Höhe von 1 Milliarde € ist angesichts der Herausforderungen, die ich gerade skizziert habe, bei Weitem nicht ausreichend. Das haben auch die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten in einem Beschluss vom 15. März 2015 festgehalten. Es handelt sich, wie gesagt, um eine Vorleistung. Wir werden unserer Verantwortung gerecht. Jetzt ist aber auch der Bund in der Pflicht, seine Hausaufgaben zu machen.

Meine Damen und Herren, der Nachtragshaushalt ist auch dafür da, die bestmögliche und schnellstmögliche Umsetzung des Investitionsförderungsgesetzes auf unsere Kommunen zu gewährleisten. Dafür stehen zusätzliche Planstellen bei den Bezirksregierungen zur Verfügung. Das ist eine weitere inhaltliche Herausforderung, der wir uns stellen müssen.

Ja, wir haben starke Zuwächse bei den Steuereinnahmen. Unsere vorausschauende Haushaltspolitik zahlt sich hier aus. Sie macht es uns möglich, die Bildung zu stärken, die Herausforderungen der Flüchtlingsunterbringung zu meistern und die Umsetzung der Investitionsmittel an die Kommunen bestmöglich zu gewährleisten – und das alles, ohne neue Kredite aufzunehmen. Deswegen ist es ein guter Aufschlag. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Abel. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat einmal mehr einen Nachtrag zum Haushalt des Jahres 2015 eingebracht. Notwendig wurde dieser aufgrund stark steigender Ausgaben bei der Flüchtlingshilfe. Finanzieren wollen SPD und Grüne diese Maßnahmen allerdings nicht mit einer neuen politischen Prioritätensetzung, sondern nur durch die Auswirkungen von Steuererhöhungen seitens der rot-grünen Landesregierung sowie aufgrund der zu erwartenden Rekordsteuereinnahmen bei der Lohn- und Umsatzsteuer.

Diese Abhängigkeit wichtiger Aufgaben von derzeit sprudelnden Steuerquellen ist bedenklich. Die Landesregierung hat das Angebot der FDP-Landtagsfraktion vom Flüchtlingsgipfel bislang leider nicht angenommen, die Flüchtlingspolitik gemeinsam weiterzuentwickeln und durch Sparmaßnahmen auch an anderer Stelle eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung aufzubringen.

(Zurufe von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Es ist grundsätzlich richtig, den immensen Anstieg der Flüchtlingszahlen mit weiteren Hilfsmaßnahmen des Landes zu flankieren. Das ist politisch sicherlich unstrittig. Die Mehrausgaben für die Flüchtlingsversorgung sind notwendig, wenn auch für viele notleidende Kommunen nicht ausreichend. Unzureichend ist insbesondere die Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung vor Ort, die viele Kommunen überfordert. Sie kennen die Berechnungen beispielsweise vom Landkreistag, heute noch einmal in der Presse nachzulesen.

(Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ihr Deckungsvorschlag!)

– Herr Kollege, wir haben einen Kostendeckungsgrad zwischen 25 % und 50 % in Nordrhein-Westfalen.

(Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE]: Der Deckungsvorschlag, nicht der Deckungsgrad!)

Damit stehen Sie bei der Kostenübernahme der Flüchtlingsunterbringung am Ende der Liste der Bundesländer. Unterstützende Maßnahmen für die Integration anerkannter Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt sind jedoch für Rot-Grün praktisch nicht existent.

Die Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen bleibt daher eine Mangelverwaltung, bei der alle paar Monate erneut nachgebessert werden muss. Einmal mehr kann das Land notwendige Ausgaben nur stemmen, weil die Steuereinnahmen unerwartet hoch prognostiziert werden.

Strukturelle Einsparungen kann man auch in diesem Nachtragshaushalt nur vergeblich suchen; denn es gibt keine. Nahezu unverändert braucht das Land im Jahr 2015 fast 2 Milliarden € Nettokreditaufnahme, um die Haushaltsausgaben aufbringen zu können.

Die rot-grüne Landesregierung hängt damit sowohl am Tropf des Kapitalmarktes als auch am Tropf der Rekordsteuereinnahmen. 2010 flossen noch 38 Milliarden € Steuereinnahmen an das Land. In diesem Jahr sollen es 48,5 Milliarden € sein, also in fünf Jahren über 10 Milliarden € bzw. über 25 % mehr. Trotz dieser historischen Bestbedingungen ist das Land Nordrhein-Westfalen noch weit von einer strukturellen Konsolidierung des Haushalts entfernt.

Herr Finanzminister, wie unseriös die Haushaltspolitik dieser Landesregierung ist, zeigt das unwürdige Versteckspiel mit der Mehrbelastung bei Ihrer Grunderwerbsteuererhöhung, die Sie eben schon angesprochen haben. Seit Monaten sprechen wir Sie auf Ihre Berechnungen an, und seit Monaten behaupten Sie, die Steuerzahler würden mit 400 Millionen € zusätzlich belastet.

Zugleich sagen Sie allerdings, durch den letzten Schritt Ihrer Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes, der sich insgesamt fast verdoppelt hat, gebe es keine negativen Effekte.

Genau das macht überhaupt keinen Sinn. Gerade wenn Sie identische Bedingungen unterstellen, wenn Sie sagen: „Das ist nicht negativ für das Marktgeschehen“, dann ist es eine Frage der Logik, dass, wenn der Steuersatz um 30 % steigt, auch Ihr Steueransatz der erwarteten Einnahmen, den Sie bei altem Satz haben, im Vergleich um 30 % steigen müsste. Das wären aber nach Adam Riese

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

knapp 600 Millionen €, und Sie geben 400 Millionen € an. Wenn man nachhakt: „Setzen Sie doch einen niedrigeren Steuersatz an, wenn Ihnen die 400 Millionen € reichen, um an Ihr Ziel zu gelangen“, dann lehnen Sie das ab und antworten: Ich nehme auch gerne mehr ein.

(Beifall von der FDP)

Das, Herr Finanzminister, ist unseriös. Denn damit bringen Sie zum Ausdruck, dass es für Sie ein Selbstzweck ist, Steuersätze zu erhöhen. Wenn das nicht zutrifft und Sie stattdessen sagen: „Wir müssen aus Sicht von SPD und Grünen an Steuersatzschrauben drehen, weil wir einen Betrag X an Mehreinnahmenvolumen zur Deckung unseres Haushalts brauchen“, dann muss dieser Betrag auch seriös gerechnet sein. Wenn ich einmal unterstelle, dass Ihr ursprünglicher Ansatz richtig gerechnet war – bei einem Steuersatz von 5 %, und zwar bei aller Vorsicht, die man bei Steuerschätzungen braucht –, geht es hier um eine simple Multiplikation von 30 % mehr.

Wir haben Sie monatelang gefragt. Noch vor einer Woche haben Sie behauptet, 400 Millionen € seien eine fundierte Berechnung. Das haben wir sogar schriftlich von Ihnen. Das ist erst etwas mehr als eine Woche her. Somit ist der Nachtragshaushalt völlig unglaubwürdig. Ich weiß nicht, wann Sie diesen Nachtragshaushalt aufgeschrieben haben und woher Ihre über Nacht neuen Erkenntnisse gekommen sind. Das können Sie dem Parlament gerne noch mal darlegen.

Deshalb unser Appell: Helfen wir Menschen in Not, und geben wir auch den dauerhaft anerkannten Asylbewerbern eine neue Perspektive! Der Weg für diese dauerhaft wachsende Herausforderung in unserer Gesellschaft darf aber nur der Weg einer seriösen und auskömmlichen Kalkulation sein ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege.

Ralf Witzel (FDP): ... und nicht das Zufallsergebnis einer spekulativen Haushaltspolitik. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Piratenfraktion spricht Kollege Schulz.

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal und daheim! Auch die Piratenfraktion begrüßt selbstverständlich das, was mit dem Nachtragshaushalt intendiert ist und was wahrscheinlich erfolgen wird, nämlich eine Erhöhung der Zahlungen bei der Schaffung von Unterbringungsplätzen für Flüchtlinge. Das wird grundsätzlich begrüßt.

Es ist aber unglaublich, dass erst Mitte 2015 mit dem Nachtragshaushalt Kapazitäten von zusätzlich 10.000 Unterbringungsplätzen in zentralen Unterbringungseinrichtungen, 4.500 Unterbringungsplätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen und 2.000 Unterbringungsplätzen in Notunterkunftseinrichtungen, geschaffen werden sollen.

Wir Piraten haben bereits seit 2009 in erheblichem Umfang steigende Zahlen hier ankommender Flüchtlinge aufgezeigt und Maßnahmen angemahnt. Erst drei, vier, fünf Jahre später macht sich die Landesregierung das offenbar zu eigen

(Zuruf von der SPD – Lachen von der SPD aufgrund des Zurufs – Beifall von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE] wegen des Zurufs)

und erkennt, dass in den letzten Jahren hier im Land erhebliche Nachlässigkeiten an den Tag gelegt wurden, die jetzt aufgrund der Realität, die Sie eingeholt hat, in aller Eile nachgearbeitet werden müssen.

Grundsätzlich sind wir also bei Ihnen. Allerdings wissen wir auch – das muss natürlich dem allgemeinen Finanzbudget geschuldet werden –: Das reicht insgesamt nicht aus. Wir werden jedenfalls den weiteren Prozess, insbesondere der Umsetzung – der Zahlung, der Verteilung, des Einsatzes der Gelder –, kritisch beobachten.

Denn gleichzeitig erhalten die Kommunen für die Unterbringung von Flüchtlingen keine Erhöhung der Pauschale pro Flüchtling. Hier wird zwar von Herrn Finanzminister gesagt: Auf Bundesebene ist ja ein Gesetz in der Mache, und dieser Nachtragshaushalt soll auch der späteren Verteilung von roundabout 1 Milliarde € dienen.

In der aktuellen Presse von heute steht allerdings unter der Überschrift: „Flüchtlinge: NRW zahlt im Vergleich wenig“, dass NRW bei der Erstattung der Flüchtlingskosten spart. Laut Deutschem Landkreistag steht Nordrhein-Westfalen im Bundesvergleich bei der Erstattung von Kosten an die Kommunen an letzter Stelle. Das sollten wir uns vor Augen führen.

Dass dies geändert werden soll, davon sehen wir im Nachtragshaushalt nichts. Der Nachtragshaushalt wäre aber durchaus geeignet gewesen, hier für die Zukunft aufzuzeigen, wie das Land Nordrhein-Westfalen, wie diese Landesregierung im Hinblick auf die Kommunen mit den dann eingehenden Geldern oder auch mit einem Nachtrag, der dieser Bezeichnung auch würdig ist, umgehen wird.

Selbstverständlich begrüßen wir nicht nur die zusätzlichen Lehrerstellen für die Beschulung zugewanderter Kinder und Jugendlicher, sondern – wie es hier am Pult heute vonseiten der Regierungsfractionen ausgeführt wurde – auch das Aufwachsen von Lehrstellen insgesamt. Auch da wird im Rahmen der weiteren Haushaltsberatungen, die stattfinden werden – es wird eine zweite Lesung geben –, festzustellen sein, ob die 674 Planstellen, von denen hier die Rede ist, ausreichend sein werden.

Frau Ministerin Löhrmann, weiter muss hinterfragt werden, wie es in Bezug auf den Bericht zur Unterrichtsversorgung für das Schuljahr 2015/2016 aussieht. Dort heißt es:

Allerdings muss ein Teil des Grundstellenbedarfs durch einen haushaltrechtlich zulässigen Rückgriff auf die Stellen gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung gedeckt werden.

Möglicherweise versteckt sich dahinter – wie es vom Kollegen Dr. Optendrenk hier angeführt wurde – ein kw-Vermerk. Auch da wird man einmal genauer hinschauen müssen. Das werden wir tun.

Wir haben noch einen weiteren Punkt anzuführen: Im weiteren Verfahren werden wir sicher zu kritisieren haben, dass bestimmte Positionen im Bereich der Flüchtlinge nicht so ganz eindeutig sind. Da werden die Rückführungskosten erhöht. Man muss also von einer erhöhten Zahl von Abschiebungen ausgehen. Darüber hinaus werden die Kosten für den Härtefallfonds um lediglich 615.000 € erhöht. Wir gehen aber von einer Verdopplung der Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 aus. Weshalb dann also im Bereich des Härtefallfonds der prozentuale Anteil nur um roundabout 20 % angehoben werden soll, erhellt sich uns zurzeit nicht.

Wir freuen uns jedenfalls auf die Beratungen im Ausschuss und werden dann schauen, ob der Nachtragshaushalt in der zweiten Lesung so bleiben kann, wie er hier eingebracht worden ist. Wir von der Piratenfraktion gehen davon aus, dass es zu diesem Nachtragshaushalt noch den einen oder anderen Nachtrag geben müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die SPD-Fraktion hat sich der Kollege Zimkeit noch einmal gemeldet.

Stefan Zimkeit (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich bei der Opposition bedanken, dass sie dem verkürzten Verfahren zugestimmt hat. Ich glaube, es ist richtig und notwendig, die angesprochenen Maßnahmen schnell auf den Weg zu bringen.

(Beifall von der SPD)

Da diese Maßnahmen im Kern aber augenscheinlich unumstritten waren, kann ich nicht nachvollziehen, warum die Opposition sich windet, Pirouetten dreht und Spagate macht, um irgendwie Begründungen zu finden, diesem Nachtrag nicht zustimmen zu können. Das ist nicht nachvollziehbar.

Herr Optendrenk, Sie haben mir in einer Rede zu einem anderen Thema vorgeworfen, ich würde noch die Textbausteine von 2010 verwenden. Wer im Glashaus sitzt, der sollte nicht mit Steinen schmeißen, Herr Optendrenk! Sie halten hier nämlich noch die gleichen Reden, wie Sie sie gehalten haben, als wir eine Verschuldung von 6 Milliarden € übernommen haben. Sie haben die gleiche Rede gehalten, ohne zu berücksichtigen, dass wir die Neuverschuldung mittlerweile auf 1,5 Milliarden € gesenkt haben. Diesen Weg ignorieren Sie aus parteipolitischen Gründen.

Ich finde es bemerkenswert, Herr Witzel, wenn Sie hier von Seriosität in der Haushaltspolitik sprechen. Denn wenn man sich Ihr gemeinsames Vorgehen mit der CDU am heutigen Plenartag anguckt, erkennt man, dass Sie wie folgt vorgehen: Wir fordern mehr Geld für Brücken und Kommunen. Gleichzeitig verzichten wir auf Steuereinnahmen, indem wir die kalte Progression senken oder abschaffen. Wir machen keine Einsparvorschläge und wollen trotzdem die Schulden senken. – Das ist Voodoo-Mathematik, hat aber nichts mit seriöser Haushaltsführung zu tun.

(Beifall von der SPD)

Deshalb bitte ich Sie, für die Ausschussberatungen noch einmal ernsthaft über die Frage nachzudenken, ob wir nicht den politischen Inhalt dieses Nachtrags diskutieren können, ohne parteipolitische Spielchen zu treiben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir sind am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfes Drucksache 16/8650 – zweiter Neudruck** – an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend –, an den **Innenausschuss**, an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**, an den **Integrationsausschuss**, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**, an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** sowie an

den **Unterausschuss „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

3 Die Anerkennung der Flüchtlingspolitik als gemeinsame Herausforderung von Bund, Ländern und Kommunen entlässt die Landesregierung nicht aus ihrer Verantwortung

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8639

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Kuper das Wort.

André Kuper (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herrn! Die Städte und Gemeinden sind die Hauptbetroffenen der drastisch steigenden Flüchtlingszahlen. Das ist uns grundsätzlich allen klar – allen, außer offensichtlich dieser Landesregierung. Dieser Eindruck entsteht zumindest, wenn man sich die bisherigen Entscheidungen in der Flüchtlingspolitik einmal näher anschaut.

Die Ministerpräsidentin betont immer gerne, dass sie an der Seite der Kommunen stehe, dass erkennbar sei, dass die Kommunen bis an den Rand ihrer Möglichkeiten belastet sind. Aber wer trägt denn hier in NRW die Verantwortung für die Flüchtlingspolitik? Frau Ministerpräsidentin Kraft gemeinsam mit dem Innenminister und den grün-roten Fraktionen!

Sie erstatten im Vergleich aller Bundesländer nach wie vor die geringsten Kosten für die Flüchtlinge an die Kommunen. Noch heute war das in verschiedenen Tageszeitungen nachlesbar.

Sie lassen die Kommunen mit den Kosten für mehr als 36.000 geduldete Flüchtlinge alleine im Regen stehen.

Sie erstatten die anteiligen Kosten nur für die Hälfte der tatsächlich zu versorgenden Flüchtlinge, die vor Ort sind, sodass für fast 30.000 Flüchtlinge – bei steigender Tendenz – kein einziger Cent fließt.

Sie haben keine strukturellen Verbesserungen der Pauschalerstattung bewirkt, sondern sich Ihre eigenen Versprechen, die Sie beim NRW-Flüchtlingsgipfel gegeben haben, auch noch vom Bund bezahlen lassen.

Weiterhin leiten Sie nahezu ungeprüft alle in NRW eintreffenden Menschen in die Kommunen weiter, was zur Überlastung der dortigen Aufnahmekapazitäten sowie der örtlich aktiven Ehrenamtler führt.